
Der Überlebenskampf der SPD als Volkspartei

Norbert Seitz

1. Der Traum von einer linken Mehrheit

Schampus en masse sollen sich die Gewerkschaftsbosse Michael Sommer (DGB), Jürgen Peters (IG Metall) und Frank Bsirske (Verdi) am Wahlabend des 18. September 2005 hinter die Binde gegossen haben. Denn sie hatten gleich dreifach Grund zu feiern: *Erstens* war es ihnen gelungen, zum Sturz ihres verhassten Agenda-Kanzlers Gerhard Schröder beigetragen zu haben; *zweitens* war die Linkspartei auch dank mächtiger logistischer Unterstützung an der gewerkschaftlichen Basis in den Bundestag eingezogen; und *drittens* hatte die Merkel-Union mit ihrem Steuerreformer Paul Kirchhof eine deftige Klatsche erhalten und dabei – was kaum jemand erwartet hatte – noch schlechter abgeschnitten als mit dem polarisierenden Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber 2002. Die drei Einzelergebnisse wurden hinterher euphorisch als „historische Niederlage des Neoliberalismus“ zusammengefasst.

Seit 2005 verfügt Rot-rot-grün im Bundestag über eine arithmetische Mehrheit, und die Linkspartei zog in einige Landesparlamente der alten Bundesländer ein. Deshalb wurde vielerorts ernüchtert bis überschwänglich ein „Linksrutsch“ im Lande konstatiert: „Deutschland rückt wieder nach links“ (TNS) oder „Deutschland fühlt wieder links“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung). Das Idealbild des Sozialismus habe „das Ende des Kommunismus“

gut überstanden, bemerkte sogar die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung am 4.11.2007. Allensbach hatte im Sommer 2007 empirisch vorgelegt: Inzwischen glaubten wieder 45 Prozent der Deutschen, der Sozialismus sei „eine gute Idee“, die nur schlecht ausgeführt worden sei. Renate Köcher hält freilich die Deutschen schon immer für ziemlich „staatsgläubig“. Die Vision eines omnipräsenten Fürsorgestaates habe sich über alle Zeitläufe und Regierungszäsuren eine klare demoskopische Majorität bewahrt.

Demgemäß verstieg sich Franziska Augstein zu der verblasenen Behauptung: „Derzeit wünschen sich sehr viele mehr soziale Gerechtigkeit im Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland. Dies Begehren: Man kann es christlich-demokratisch nennen, auch christlich-sozial oder sozialdemokratisch, theoretisch gesehen ist es zuallererst: sozialistisch.“¹ Was Wunder, dass die Parteilinke der SPD alte Gräben überwunden glaubte. So deklamierten Johano Strasser, der inzwischen verstorbene Detlev Albers und andere prominente Vertreter der Parteilinken in einem Thesenpapier zum Umgang mit der Partei „Die Linke“, dass „das Ende des Kalten Krieges und die deutsche Wiedervereinigung der Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten die historische Grundlage entzogen“ hätten. Auch im Umfeld Wolfgang Thierses wurden schon seit Jahren die „Überwindung des Schismas der Arbeiterbewegung“ und die „Einheit der Linken“ beschworen, um im Kampf gegen die weltweiten Gefahren des Neoliberalismus in breiter Front gewappnet zu sein.

Gegen solche linke Bündnisromantik versucht sich Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier in jüngster Zeit abzugrenzen. Die Spaltung von SPD und dogmatischen Sozialisten habe nicht nur einen langen Vorlauf, stellt er in seinem Buch „Mein Deutschland“ mit Blick auf die Linkspartei fest, „sie ereignet sich an der Sollbruchstelle der Freiheit immer wieder neu.“²

Bei näherem Hinschauen verdankt sich der feste Glaube der SPD-Parteilinken an eine strukturelle Mehrheit im Lande der Hoffnung auf eine wachsende Verschlechterung der sozialen Verhältnisse in globalisierten Zeiten. Erinnerungen an die sogenannte „Sonthofen-Strategie“ von Franz Josef Strauss werden da wach, der in den 1970er Jahren, zu Zeiten der sozialliberalen Koalition, vor der CSU-Landesgruppe im Allgäu tremolierte, Deutschland stehe vor einer Krise, die sich aber noch steigern müsse, damit sich das politische Klima zu Gunsten der Unionsparteien wandle.

Doch die Annahme einer strukturellen linken Mehrheit basiert auf einer Milchmädchenrechnung. Denn eine strategische Präferenz der SPD für ein Linksbündnis hätte einen dramatischen Wählereinbruch in der Mitte zur Folge. Umso mehr scheinen auch die düsteren Prekariats-Studien aus dem Gewerkschaftsmilieu oder der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD-Linken höchst willkommen zu sein. Denn mit dem Exodus in den unteren Mittelschichten lässt sich Schröders „Neue Mitte“ gleichsam empirisch-soziologisch beerdigen, um es für nicht mehr notwendig zu halten, sie auch künftig zu umwerben. Das rot-rot-grüne linke Wählerlager ist aber in Wahrheit seit der Bundestagswahl 2005 arithmetisch nicht stärker geworden. Denn der immense Vertrauensverlust der SPD konnte durch die Zuwächse der „Linken“ und der Grünen kaum kompensiert werden.

Der These eines „Linksrucks“ in Deutschland widerspricht zum Beispiel Meinungsforscher Manfred Güllner: „Vergleicht man die Stimmenanteile, die bei den Bundestagswahlen 1998 und 2005 auf SPD, Grüne und PDS bzw. Linkspartei entfallen sind, dann ist das ‚linke‘ Wählerlager 2005 sowohl in Gesamtdeutschland als auch in Ost und West schwächer als 1998 (...). Zugenommen hat der Anteil der Nichtwähler bzw. der Wähler kleinerer Splitterparteien“.³

Dramatischer noch: Gerd Mielke und Ulrich Eith sehen drei programmatisch-politische Entwicklungen in Gang

gekommen: Einmal die von Kanzler Schröder angestoßene Abkehr vom klassischen Modell des deutschen Sozialstaats. Komplementär dazu die strategische Neuorientierung der Linkspartei als Fürsprecherin jener Modernisierungsverlierer, die in Westdeutschland der SPD entlaufen sind und sich in den neuen Bundesländern auch als Wiedervereinigungsverlierer fühlen. Schließlich der Versuch der CDU, ihr traditionelles Frauen- und Familienbild zu revidieren. Jene drei Entwicklungen haben eines gemein: Sie scheinen sich allesamt auf Kosten der Sozialdemokratie zu vollziehen.⁴

2. Linke Mehrheit in der SPD als Anti-Agenda-Bewegung

Ist ihr Niedergang als Volkspartei deshalb unaufhaltsam? In welchem Stadium befindet sich die SPD mitten in der weltweiten Finanzkrise? Die parteiinternen Mehrheitsverhältnisse haben sich seit Schröders Abgang dramatisch verändert: Die Parteilinke hat zum ersten Mal seit der Neugründung nach 1945 die Mehrheit in etlichen Bundesgremien und Landesbezirken erobert. Grund dafür ist der Schulterchluss mit den einst der klassischen Parteirechten zugerechneten Traditionalisten von der Gewerkschaftsfront. Die beiden Flügel sind über die gemeinsame Gegnerschaft zu Schröders Agenda-Kurs zu einem strukturkonservativen Block zusammengewachsen. Wo sich einst in den 1970er oder 1980er Jahren Galionsfiguren wie die Neomarxisten Jochen Steffen oder Peter von Oertzen zur Linken wie der Gewerkschaftsrecke Hermann Rappe oder „Kanalarbeiter“-Chef Egon Franke zur Rechten noch spinnefeind waren, gleichen heute Figuren wie Ottmar Schreiner und Michael Sommer, wenn es gegen die Modernisierer geht, siamesischen Zwillingen.

Wenn nicht alles täuscht, vollzieht sich in der SPD der-

zeit ein Generationswechsel, bei dem eine junge aggressive und mit antikapitalistischem Herzblut kämpfende Partei linke gegenüber stagnierenden „Netzwerkern“ und dem verwaisten Talentschuppen des rechten „Seeheimer Kreises“ sich konsequent Vorteile verschafft. Ihr dynamischer Spitzenpersonal scheint an Gläubigkeit, Kampfgeist und einem intakten Feindbild deutlich mehr zuzusetzen zu haben als ihre gemäßigeren Generationsgenossen auf den anderen Flügeln. Während die Linke wieder die Systemfrage zu stellen beginnt und eisern am Titel des „demokratischen Sozialismus“ festhält, ging es den „Netzwerkern“ meist nur um ein kommodos Arrangement im Rahmen der herrschenden Verhältnisse.

Aus der Tatsache, dass im September 2008 nach dem „Chaos am Schwielowsee“ mit Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier zwei ausgewiesene Agenda-Betreiber die Führung in der SPD übernahmen, kann indes nicht geschlossen werden, dass die Parteirechte nun wieder das Sagen hätte. An der Basis dominiert „nach wie vor ein linkes Bauchgefühl“, beobachtet Albrecht von Lucke, ein Bauchgefühl, „das gerade dabei war, sich von den Zumutungen der Schröder-Periode zu erholen.“⁵

Trotz seiner Treue zu Schröders Agenda-Politik ist Franz Müntefering kulturell ein Mann von gestern geblieben, mit dem sich die sentimentalische Parteilinke gewiss weitgehend wird arrangieren können. Seine umjubelte Rückkehr im September 2008 bewies einmal mehr die Rückständigkeit einer Partei, die intellektuell in den 1970er Jahren stecken geblieben ist und bislang alle guten Vorsätze zerredete, geistig in der globalisierten Realität ankommen zu wollen. Mit seinem „eigentümlichen, gelegentlich bis zum Kryptischen verdichteten Spätstil“⁶ der kurzen Sätze befriedigt „Münste“ die tiefe, für eine moderne Partei eher peinlich anachronistische Sehnsucht nach einem autoritären Zuchtmeister wie Herbert Wehner.

Als Barack Obama mit seiner *Campaign* den Hauch eines neuen Fortschrittsoptimismus verbreitete, bewegte sich die hiesige Sozialdemokratie in einem tiefen Jammertal. Wo der US-Kandidat sein trotziges „Yes, we can“ herausschleuderte, hallte es aus dem SPD-Milieu apokalyptische Umfragen zurück, die von expandierenden Ängsten vor dem drohenden Prekariat und von arbeitslosen Oassis kündeten, die leichtfertig die Demokratie verwünschen. Doch „wer ewig bloß nachweist, wie sehr sich die Verhältnisse im Land verschlimmern, der tut noch nicht viel dafür, dass irgendetwas wieder besser wird“, rügte Tobias Dürr daraufhin im Netzwerker-Organ „Berliner Republik“ seine Partei: „Womöglich gilt sogar das genaue Gegenteil: Die Gefahr ist beträchtlich, dass der gängige Krisen- und Untergangsdiskurs, sofern ihn noch irgendwer wahrnimmt, im Sinne einer klassischen *self-fulfilling prophecy* erst recht dazu beiträgt, dass alles genau so kommt, wie vorausgesagt.“⁷

Bei der sensationellen Bayern-Wahl im Oktober 2008 büßte die siegverwöhnte Staatspartei CSU 17 Prozentpunkte samt der absoluten Mehrheit ein, ohne dass die SPD davon mit einem Zuwachs hätte profitieren können. Und in Hessen bei den Neuwahlen im Januar 2009 wurde die Partei Andrea Ypsilantis für ihr Wortbruch-Debakel deftig abgestraft und vermutlich um Jahre zurückgeworfen. Während der magersüchtigen, sich ihrem Diaspora-Schicksal hingebenden Bayern-SPD nur die Schadenfreude über einen schier unbesiegbaren Gegner blieb, der endlich auch einmal die Sahnetorte abbekommen hatte, schien der eingesprungene Spitzenkandidat der dogmatisch gescheiterten Hessen-SPD, Torsten Schäfer-Gümbel, mit seiner hübsch zurechtgelegten Begründung für die deftige Klatsche den Ernst der Situation immer noch nicht begriffen zu haben. Seine Partei sei dafür bestraft worden, an jenem „Spagat“ gescheitert zu sein, einen Wortbruch begangen, ihn aber politisch nicht umgesetzt zu haben. Eine uneinsichtige Er-

klärung, mit der die eigene Schuld gleichsam über eine nicht realisierbare Aufgabenstellung relativiert wurde. Beide Niedergänge – an der Isar wie am Main – symbolisieren bedenkliche Zerfallsprozesse der Volkspartei SPD. In Hessen war die Partei einer ideologischen Verblendung erlegen. Doch nach wie vor pflegt der verhockte Landesbezirk als Verlängerung eines pervertierten Partizipationsideals eine Art Funktionsautismus, gegen den selbst Voten der Wählerschaft nichts auszurichten vermögen. Hier beginnt auf Dauer das Sektierertum.

3. Richtungskämpfe seit 1945

Man muss heute kein notorischer Zukunftspessimist mehr sein, um der ältesten Partei Deutschlands eine Spaltungskrise zu attestieren, die unter den aktuellen Rahmenbedingungen einer Erosion von Parteibindung und einem Trend zur Individualisierung geradezu existenzielle Ausmaße annimmt.

Blenden wir vergleichend zurück auf fast 65 Jahre Nachkriegs-SPD: Zuerst war der Richtungskonflikt zwischen ethischen Sozialisten und Marxisten vor Verabschiedung des Godesberger Reformprogramms 1959, mit dem der letzte eschatologische Schein vertrieben wurde, der einst Karl Kautskys schrulligem Dogma vom sozialistischen „Endziel“ noch angehaftet hatte. Der liberale *Homme de lettres* Carlo Schmid hatte schon frühzeitig seiner zerknirschten Partei ins Stammbuch geschrieben: „Die Spannung der Endzeiterwartung ist nicht erträglich im Unterschied zum bequemen Evolutionsgedanken.“ Mit Godesberg gehörte der Widerspruch zwischen revolutionärer Rhetorik und reformistischer Praxis endlich der Vergangenheit an.

Zu Beginn der 1970er Jahre, als es nach der neomarxistischen Drift der Jungsozialisten zu heftigen Flügelkämpfen

in der Partei kommen sollte und der Titel „demokratischer Sozialismus“ wieder stärker betont wurde, schien Godesberg aufs programmatische Altenteil zu geraten. So wurde Mitte der 1970er Jahre mit viel Verhandlungsaufwand jenes Programmpapier „Orientierungsrahmen ‚85“ verabschiedet, das keine Botschaft mehr nach draußen vermittelte, sondern dem ausschließlichen Zweck eines ideologischen Waffenstillstands zwischen den sich befehdenden Flügeln diente. Das Papier wurde vom damals prägenden Credo einer etatistischen Modernisierung beherrscht. Im Vordergrund stand die Suche nach Instrumentarien der Investitionsbeeinflussung, um zu einer öffentlichen Kontrolle wirtschaftlicher Macht zu gelangen.

Zur gleichen Zeit wählte Willy Brandt nach seinem großen Wahlsieg 1972 eine neue historische Konstellation auf dem Plan, die er als „Neue Mitte“ etikettiert wissen wollte. Darunter sollte nicht nur das Zusammentreffen der Traditionswählerschaft mit den neuen Mittelschichten aus der technischen und kommerziellen Intelligenz verstanden werden, sondern mehr noch: ein historisches Bündnis aus dem demokratischen Teil der Arbeiterbewegung und einem inzwischen politisch geläuterten sozialliberalen Bürgertum.

Der konservative Soziologe Helmut Schelsky erkannte damals in seiner Kampfschrift: „Der selbstständige und der betreute Mensch“ (1975) einen Drang zur Mitte als den vorherrschenden Zug aller demokratischen Parteien der Bundesrepublik. Daraus ergab sich für ihn die Konsequenz: „Bei dem Drang zur ‚Mitte‘, der zurzeit in allen demokratischen Parteien der Bundesrepublik vorherrscht, dürfte die Frage, was heißt heute ‚liberal‘, die wichtigste Grundsatzdiskussion der kommenden Jahre sein.“

Doch die Partei verschmähte Brandts programmatisches *Label* einer „Neuen Mitte“. Die zahlreichen Modellbauer eines „demokratischen Sozialismus“ rekurrten lieber auf eine Melange aus schwedischem Wohlfahrtsstaat, jugo-

slawischer Arbeiterselbstverwaltung und lateinamerikanischer Befreiungstheologie. Dabei verweigerten sie dem Freiburger Sozialliberalismus à la Karl-Hermann Flach und Werner Maihofer die ausgestreckte Hand, was sich später programmatisch und politisch rächen sollte.

Aufgeschreckt von der Meadows-Studie über die „Grenzen des Wachstums“ begann der linke Wertkonservative Erhard Eppler mit großer innerparteilicher Resonanz die Sozialdemokratie von ihrem klassischen Fortschrittsoptimismus zu verabschieden. Dies führte am Ende der Ära Helmut Schmidts zu Beginn der 1980er Jahre zu einem aufwühlenden Richtungsstreit, der auch von einem Thesenpapier des anti-kommunistischen Alt-Theoretikers Richard Löwenthal angestoßen wurde, das sich gegen jede Kooperation mit den „industriefeindlichen“, ökologisch und pazifistisch orientierten Neuen sozialen Bewegungen wandte.

Anfang der 1980er Jahre, als die Linke im Medienbereich gegen die neuen „volksverderblichen“ Technologien einen kleinen Kulturkampf anzuzetteln versuchte, warnte Vordenker Peter Glotz nachdrücklich davor, den Neokonservativen kampflos das Fortschrittsmonopol zu überlassen. Als Modernisierer trat er 1985 in seinem „Manifest für eine neue europäische Linke“ Ralf Dahrendorfs aufrüttelnden Befund vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ entschlossen entgegen. „Emanzipatorische Nutzung der Modernisierung“ oder „Individualismus von links“ hießen die Losungen des umtriebigen Bundesgeschäftsführers, der seinerzeit den klassischen Fortschrittsanspruch seiner Partei zu retten versuchte.

Doch im Berliner Programm von 1989, das nach dem Mauerfall rasch Makulatur werden sollte, hielten eher Ängste vor einem großen Krieg, der Supertechnik und der Öko-Apokalypse Einzug. Danach fand die sich entwickelnde deutsche Einheit emotional und intellektuell ohne die weitgehend international gesinnte Linke statt.

Und in der so genannten Enkel-Phase der SPD während der zweiten Hälfte der Ära Kohl wurde mehr über Karrierestrategien und Machtperspektiven als über Modernisierungsprogramme nachgedacht – wie dies etwa bei „New Labour“ in Großbritannien unter der Federführung von Anthony Giddens und Peter Mandelson der Fall war.

Gerhard Schröder, obwohl von Hause aus eher intellektuell unambitioniert, versuchte zwar zu Beginn seiner siebenjährigen Regentschaft drei besondere intellektuelle Akzente zu setzen, stieß aber auf wenig Gegenliebe in seiner Partei: Er entdeckte den Begriff Willy Brandts von der „Neuen Mitte“ neu, stritt in einem gemeinsamen Papier mit dem britischen Premier Tony Blair um einen „dritten Weg“ zwischen neoliberaler Deregulierung und strukturkonservativem Beharren auf dem alten, nicht mehr finanzierbaren Sozialstaat. Schließlich empfahl er seiner Partei das Konzept einer „zivilen Bürgergesellschaft“, um dem tiefsitzenden Etatismus unter den Genossen die Grenzen aufzuzeigen.

Wolfgang Nowak, bis 2002 unter Schröder Chefberater im Kanzleramt, beschrieb die „Neue Mitte“ als erfolgreichen Slogan, „weil er die Stimmung der aktiven, veränderungsbereiten Bürger traf. Die ‚Neue Mitte‘ wollte weniger Bürokratie wagen; war die lähmende Verbändedemokratie leid; akzeptierte nicht länger, dass das Gemeinwohl bloß aus der Summe aller Gruppeninteressen bestehen sollte; wollte von einem suspekten Sozialsystem befreit werden, das sie nur noch als unfair empfand; rebellierte gegen die erdrückende Steuerlast und das deutsche Grundrecht auf Subventionen; verweigerte die Ausbeutung ihrer Leistungsbereitschaft. Die fleißigen Ameisen waren nicht länger bereit, klaglos die Grashüpfer zu füttern“ (*STERN*, 51/2002).

4. „Aufstieg durch Bildung“ – programmatische Perspektiven

Mit seinem Generalsekretär Olaf Scholz unternahm Parteichef Schröder Ende 2003 den einzigen und letzten Versuch, das SPD-Programm an die Reformagenda anzupassen. Die Stichworte lauteten: „Vorsorgender Sozialstaat“, „Fördern und Fordern“ sowie „Teilhabegerechtigkeit vor Verteilungsgerechtigkeit“. Als Scholz dann auch noch *by the way* den alten Ladenhüter vom „demokratischen Sozialismus“ aus dem Programm entsorgen wollte, weckte er schlafende Hunde. Mit den Erfolgen von Lafontaines Linkspartei geriet Parteichef Kurt Beck in der Endphase der Programmdebatte 2007 mächtig unter Druck der Parteilinken. So wurde das Reformkonzept eines „vorsorgenden Sozialstaats“ als einzige verbliebene Minibotschaft des neuen Hamburger Programms zurückgedrängt zugunsten eines Ausbaus kollektiver sozialer Sicherungssysteme. Gleichzeitig erlebte der „demokratische Sozialismus“ eine sakrale Renaissance. Und die „Neue Mitte“ wurde durch den verwaschenen Begriff der „solidarischen Mehrheit“ ersetzt. Damit war der SPD und ihren störrischen 1970er-Jahre-Geistern kein „Godesberg der Globalisierung“ gelungen.

Als die große Absetzbewegung von der „Neuen Mitte“ Schröders einsetzte, war Sigmar Gabriel der Erste, der mit der Forderung nach einer „Politik, die mehr ist als nur eine bloße Anrufung der ‚Mitte‘“ bei der Parteilinken anti-chambrieren ging.⁸ Andere Kritiker von links wie Oliver Nachtwey differenzierten haarspalterisch zwischen Willy Brandts „Öffnung zur Mitte“ und einer „Orientierung“ Schröders „auf die Mitte“, um am Ende das „Mitte“-Konzept des dritten SPD-Kanzlers als Loser-Philosophie dem Spott preiszugeben: „Das Bündnis von Mitte und Unten, das Willy Brandt vor Augen hatte, ist vorerst vorbei. Programmatisch und personell ist die gegenwärtige SPD tatsächlich die Neue Mitte – aber in der Vorstellung von

Schröder, nicht von Brandt. Die SPD ist tatsächlich so sehr die Partei der Mitte, wie es keine andere ist. Kurz: Sie ist eine Volkspartei in Idealform, weil sie von fast allen Bevölkerungsgruppen in gleicher Zurückhaltung gewählt wird.“⁹

Einst hießen die Grundwerte der deutschen Sozialdemokratie „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“. Es scheint, als hießen sie heute nur noch „Gerechtigkeit, Gerechtigkeit, Gerechtigkeit“ – und das alles möglichst auf hessisch! Dabei ist der programmatische Klärungsbedarf enorm. Trotz Jahrhundertaufgaben gibt es enorme konzeptionelle Defizite. So quält sich die Partei seit dem Epochenbruch 1989 mit Identitätsfragen herum, was denn noch links, sozialdemokratisch, sozialistisch oder sozial gerecht sei. Neue „große Erzählungen“ werden gefordert.

In Frank-Walter Steinmeiers Vision von 2009 hängt die Zukunft der SPD von „einer großen Erzählung vom Aufstieg durch Bildung“ ab. Offensiv versteht der vielfach bewährte Krisenmanager Politik „in eine offene Situation hinein“ und versagt sich dabei jede linke Larmoyanz, Rückwege aus der Globalisierung noch für möglich zu halten. Doch wer folgt ihm dabei? Dahinter steckt die ungeprüfte Vorstellung einer noch weitgehend schröderisierten Sozialdemokratie, getreu der brustgeschwellten Losung: „Unsere Handschrift verhiess Aufbruch“.

Ob das ausreichen wird, um den Konkurrenzkampf mit der Linken bestehen zu können, ist eher mit einem dicken Fragezeichen zu versehen. Denn Oskar Lafontaines Rückkehr an die Spitze der neu formierten Linkspartei gestaltet sich seit nunmehr fünf Jahren wie ein einzigartiger Rachezug gegen seine frühere Partei. Der Rächer von der Saar ist mittlerweile sogar dabei, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung umzuschreiben, natürlich zuungunsten der Sozialdemokratie. So hagelt es coole Relativierungen und bizarre Neubewertungen. Ebenso versucht Lafontaine als ideologischer Tonangeber den Sozialdemokraten das

entspannungspolitische Erbe ihres großen Vorsitzenden Willy Brandt streitig zu machen, indem er die alte nuklear gestützte Entspannungspolitik mit der pazifistischen Ostermarschbewegung verwechselt. Der einst davongelaufene SPD-Chef möchte seine tief verunsicherte frühere Partei auf allen Identitätsfeldern vorführen. Momentan stellt sich sein Kampf um die linke Deutungshoheit im Lande jedenfalls wie ein unaufhaltsamer Siegeszug dar.

Was aber hat die SPD derzeit dagegen auszurichten? Eine gehörige Portion „Mimikry“, meint Steinmeiers Co-Autor Thomas E. Schmidt „Müntes“ Mannen im Umgang mit der fünften Partei nachweisen zu können: „Sie identifiziert sich widerwillig mit dem Aggressor. Sie beruft sich ebenfalls auf die politisierte Demoskopie und imitiert teils auch den sozialpolitischen Populismus der Linken. Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, längerer Bezugsdauer von Arbeitslosengeld oder nach einer Bahn im Staatsbesitz sind nicht staatspolitisch motiviert, sondern Angebote an die eigene Klientel.“ Doch damit wird mehr Verwirrung gestiftet als alte Identität wiederhergestellt, denn, so Thomas E. Schmidt: „Regierungspartei zu sein und gleichzeitig die Anwältin eines latenten Plebiszits – z. B. für den Mindestlohn – das ist ein weiter Spagat und strapaziert künftige Wähler mit einem widersprüchlichen Selbstbild.“¹⁰

5. Bündnisfragen oder: Die Liberalen wollen nicht umfallen

Wie sehen die Bündnisperspektiven der SPD nach den Bundestagswahlen 2009 aus? Vor dem Hintergrund einer massiven Rückkehr der sozialen Frage halten Gerd Mielke und Ulrich Eith die Polarisierungsalternative zwischen einer bürgerlichen Koalition und einem rot-roten Linksbündnis auf Dauer für ziemlich unausweichlich: „Im Wahlkampf

wird sich dann die Auseinandersetzung auf die Frage nach dem Ausmaß der wohlfahrtsstaatlichen Umverteilung zuspitzen – und damit auf einen Gegensatz von bürgerlichem Marktliberalismus und linkem Staatsinterventionismus.“¹¹

Auch andere Analytiker – wie zum Beispiel Thorsten Hansenritter und sein Team – gehen von einem nach wie vor existierenden „sozialdemokratischen Common sense“ in unserer Gesellschaft aus. Selbst das Aufkommen der Linkspartei stehe dafür, dass dieser sich immer neue Ausdrucksformen suche: „Die politische Agenda legt historische Kompromisse zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus respektive Konservatismus nahe. Auf Bundesebene sind deshalb auf absehbare Zeit sozialliberale und Große Koalitionen machtpolitisch rationaler als andere Konstellationen.“¹²

Gegen diese scharfe klassenbetonte Zuspitzung argumentiert Frank Decker, dass an der Bildung lagerübergreifender Bündnisse auf Dauer kein Weg vorbei führe. Dies setze freilich auf Seiten der drei kleinen Parteien programmatische Korrekturen voraus: „Die Grünen müssten zu einem pragmatischeren Zugang in der Energie- und Klimapolitik finden, die FDP von der reinen neoliberalen Lehre in der Wirtschaftspolitik Abstand nehmen und die Linkspartei dürfte sich der Wirklichkeit des globalisierten Kapitalismus nicht mehr auf weiten Strecken verweigern.“¹³ Kritisch sei hinzugefügt, dass hier offenbar nach dem Motto verfahren wird: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Koalitionäre.“

Für Rot-Grün reicht es ganz sicher nicht zur Mehrheit; und für die Große Koalition wird es wie auch 2005 an der SPD-Basis kaum Unterstützung geben. Weshalb Frank-Walter Steinmeier auch weiß, dass er sehr wahrscheinlich nur als Chef eines rot-gelb-grünen „Ampel“-Bündnisses Bundeskanzler werden kann – mit schier unüberwindlichen Problemen im Kabinett, Bundesrat und an den Parteibasen. Doch das kann ihn kaum schrecken. Denn er

kennt aus der rot-grünen Startphase das alltägliche Konfliktmanagement: „Es war eher Dschungelkampf als ein Parademarsch.“

Derzeit gibt es kaum gemeinsame Schnittmengen zwischen der tief zerklüfteten SPD und den Steuerliberalen, eine realistische sozial-liberale Koalitionsperspektive ist nicht in Sicht. Während die Ängste der Besitzbürger vor einem ausufernden Etatismus und staatlichen Interventionismus grassieren, je länger die Finanzkrise andauert, verklärt Franz Müntefering auf der anderen Seite die alte sozialliberale Formation von 1969 bis 1982, obwohl sie doch im Kern nur eine entspannungspolitische Erfolgsgeschichte darstellt, sich gesellschaftspolitisch aber im ideologischen Reformismus erschöpfte und am Ende weniger Bedeutendes zustande brachte als ihre Vorgängerregierung der ersten Großen Koalition in drei Jahren. Zudem können sich die thematisch reduzierten Liberalen Westerwelles derzeit nur von einem Lagerwahlkampf Erfolg versprechen, gestützt auf eine glasklare Koalitionspräferenz zugunsten der Union. Ob sich die FDP hinterher einen Umfaller in Richtung einer rot-gelb-grünen Ampel leisten kann – selbst unter totaler Ausreizung aller staatspolitischen Verantwortungsrhetorik –, ist eher unwahrscheinlich, nachdem die Partei bei der Neuwahl in Hessen von ihrem Treueschwur gegenüber Roland Koch so massiv profitierte.

In Wahrheit kämpft Frank-Walter Steinmeier ebenso um sein politisches Überleben wie um das seiner aus den Fugen geratenen SPD als Volkspartei. Er kann sich ausrechnen, dass ohne ein größeres volatiles Beben in der Wählerschaft das höchste der gouvernementalen Gefühle für ihn die Sicherung des Status Quo einer erneuten Großen Koalition darstellen dürfte, d.h. der Kabinettsverbleib als Außenchef und Vize-Kanzler. Das freilich verhielte ein weiteres Mal kein Zuckerschlecken, sondern die Verlängerung jenes öden Dualismus aus Kabinetts-SPD und Willy-

Brandt-Haus, Koalitionsvereinbarung und Fraktionsbeschlüssen.

Umgekehrt stellt sich für die linke Mehrheit in der SPD nur die Alternative, sich mit einem Vizekanzler Steinmeier weiter durch eine neu aufgelegte Große Koalition zu quälen oder endlich in die Opposition gehen zu können, um regierungsentlastet die letzten Relikte von Schröders Agenda-Politik zu tilgen. Man muss kein versierter Psychologe sein, um zu vermuten, dass vielen Parteilinken ein oppositionelles Fraternierungsprojekt mit Lafontaines Truppen wichtiger für das Seelenheil der Partei ist als eine fortgesetzte Juniorpartnerschaft in einer Regierung unter Angela Merkel oder etwa Jürgen Rüttgers nach einem erneuten Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen 2010. Für die verbliebenen Modernisierer, Reformer, Sozialliberalen oder Linksbürgerlichen schläge spätestens dann die Stunde der Wahrheit; entweder wie Sigmar Gabriel opportunistisch sich der Linken anzupassen oder wie Wolfgang Clement konsequent einer drohenden linken Einheitspartei mit Wowereit, Nahles, Lafontaine und Bisky den Rücken zu kehren.

Damit wäre die „Erzählung“ von der Volkspartei SPD zu einem Ende gekommen. Doch noch tröstet sich Frank-Walter Steinmeier damit, dass die CDU in einer ähnlichen Breddouille ist und an Bedeutung und Funktion als Volkspartei zu verlieren scheint. Der Optimismus des Kandidaten gründet sich auf den Siegeszug des ihm politisch nahe stehenden Barack Obama und Merkels Problemen mit den sich ihr entziehenden Unionsparteien. Dennoch kann die SPD der existenziell bedeutsamen Frage nicht ausweichen: Ist angesichts der weltweiten epochalen Krise ihr Spitzenpersonal, ihre Konzeption und ihre Mitgliedschaft überhaupt willens und in der Lage, regierungsfähig zu bleiben? Mit rechthaberisch wieder aufgewärmten Theorien und Rezepten von gestern lässt sich die aktuell prekäre Situation weder ideologisch oder programmatisch beschreiben,

geschweige denn hinreichend erklären. Hier gilt noch immer das treffende Wort Willy Brandts, wonach sich die Weltpolitik nach bisherigen Erfahrungen wenig von der Beschlusslage eines sozialdemokratischen Unterbezirks beeindrucken lasse.

Anmerkungen

¹ *Augstein, Franziska*: Ich!, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. Juni 2008.

² *Steinmeier, Frank-Walter*: Mein Deutschland. Wofür ich stehe, München 2009.

³ *Güllner, Manfred*: Zum Regieren nicht geschaffen. Die Tragik der deutschen Sozialdemokratie, in: Vorgänge 4 (2007), S. 53–66.

⁴ *Mielke, Gerd / Eith, Ulrich*: Im Versuchslabor. Der Strukturwandel des deutschen Parteiensystems, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4 (2008), S. 94–103.

⁵ *Lucke, Albrecht von*: Der Unfall-Putsch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10 (2008), S. 9–13.

⁶ *Schloemann, Johan*: Das entfesselte Wort, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. Januar 2009.

⁷ *Dürr, Tobias*: Das sozialdemokratische Paradox, in: Berliner Republik 3 (2007).

⁸ *Gabriel, Siegmund*: Links neu denken. Politik für die Mehrheit, München 2008.

⁹ *Nachtwey, Oliver*: In der Mitte gähnt der Abgrund. Die Krise der SPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8 (2008), S. 58–68.

¹⁰ *Schmidt, Thomas E.*: Demoskopie und Antipolitik. Der Linksrutsch in Deutschland, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 709 (2008), S. 532–537.

¹¹ *Mielke / Eith*: Versuchslabor.

¹² *Hasenritter, Thorsten u. a.*: Die Haupttendenz ist Reformismus. Die Leitpartei SPD und der sozialdemokratische „Common Sense“, in: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur 2 (2008).

¹³ *Decker, Frank*: Ankunft im Vielparteienstaat, in: Berliner Republik 2 (2008).